

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3858

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3858



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2022

Digitaler Wandel und Sucht:
Hier tobt der «Wilde Westen» mitten unter uns

Das Schweizer Suchtpanorama 2022

Welche Probleme manifestieren sich beim Gebrauch digitaler Medien oder beim Geldspiel? Welches sind die aktuellen Konsumtrends bei Alkohol, Tabak, illegalen Drogen und psychoaktiven Medikamenten? Das jährlich erscheinende Suchtpanorama nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und kommentiert.

Inhalt

Digitaler Wandel und Sucht	3
Das Wichtigste in Kürze	5
Online-Aktivitäten	7
Glücks- und Geldspiel	12
Alkohol	17
Tabak	22
Illegale Drogen	27
Psychoaktive Medikamente	32

Auskünfte

Sucht Schweiz



Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin
mportner-helfer@suchtschweiz.ch
021 321 29 74



Markus Meury
Mediensprecher
mmeury@suchtschweiz.ch
021 321 29 63

SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2022

Digitaler Wandel und Sucht: Hier tobt der «Wilde Westen» mitten unter uns

Online-Kanäle bieten viele zusätzliche Möglichkeiten, Produkte mit Suchtpotenzial zu verkaufen und ganz gezielt Werbung zu platzieren. Die Sammlung von persönlichen Daten zum Surfverhalten sowie die verbreitete Nutzung von sozialen Medien sind für das Marketing äusserst attraktiv. Die Menschen erhalten auf sie zugeschnittene Konsumanreize und wer nicht zur Zielgruppe zählt, nimmt die Werbung kaum mehr wahr. Minderjährige können online fast problemlos legale oder illegale Produkte bestellen.

Das Internet ermöglicht zudem, neue Angebote zu kreieren wie die Online-Geldspiele oder die Videospiele zeigen – wobei hier die Abgrenzung fliegend ist.

Der Cyberspace ohne Grenzen und Regeln? Sucht Schweiz stösst die gesellschaftliche Debatte rund um den Umgang von Produkten mit Suchtpotenzial im digitalen Raum an.

Digitale Technologien sind ein unverzichtbarer Teil unserer Lebensführung – eine Entwicklung, die durch die Pandemie noch begünstigt wurde. Heimarbeit, Fernunterricht, soziale Kontakte, Spiel und Spass – in all diesen Bereichen sind sie heute nicht mehr wegzudenken. Auch in der Betreuung und Unterstützung von Menschen mit Suchterkrankungen und psychischen Leiden spielen sie eine zunehmend wichtige Rolle.

Gleichzeitig ist der Markt der legalen und illegalen Produkte mit Suchtpotenzial hart umkämpft. Die Anbieter nutzen den digitalen Raum, um ihre Kundschaft rund um die Uhr ganz gezielt zu erreichen. Wer aufgrund seines Online-Verhaltens zur Zielgruppe gehört, erhält individuell zugeschnittene Botschaften. Für die anderen scheint die Werbung nicht mehr zu existieren. Die Regulierung mag da nicht Schritt zu halten und dort wo eine besteht, z. B. beim Jugendschutz, harzt der Vollzug. Da stellt sich die Frage, wie viel Eigenverantwortung ist den Konsumierenden und den Jüngsten unter uns zuzumuten? «Wir müssen über Regeln diskutieren und dürfen das Feld nicht einseitig den Anbietern überlassen. Sucht Schweiz appelliert an alle gesellschaftlichen Akteure, der Werbeoffensive im Internet mehr sachliche Informationen und kritische Fragen entgegenzusetzen», erklärt Grégoire Vittoz, Direktor von Sucht Schweiz.

Online-Welt erinnert an eine wilde Pionierzeit

Der Handel im Internet erinnert mitunter an eine Westernwelt, wo alles möglich scheint und wo der Arm des Staates oft nicht hinreicht. Das Internet ist zwar kein rechtsfreier Raum, doch der Vollzug des in der Schweiz geltenden Rechts harzt, wie der Verkauf über das Internet an Minderjährige zeigt. So gelangen sie online fast problemlos an Alkohol. Der Jugendschutz muss dringend besser durchgesetzt werden.

Auch bei den illegalen Geldspielangeboten aus dem Ausland steht der Vollzug vor grossen Herausforderungen. Bevor die Sperrung einer nicht zugelassenen Webseite erfolgt, dauert es eine Weile und selbst dann, kann sie umgangen werden. Sucht Schweiz plädiert denn für eine kritische Diskussion der Frage, ob und inwieweit die illegalen Angebote zurückgedrängt werden.

Digitale Medien schaffen neue Produkte und sind Markthalle

Digitale Technologien ermöglichen, immer neue (potenziell suchtgefährdende) Produkte zu entwickeln, wie die Branche der Video- oder Online-Geldspiele verdeutlicht. Die einstigen Spiel-Konsolen aus dem Kinderzimmer wurden mit dem Online-Gaming auch für Erwachsene salonfähig und schafften mit dem Touchscreen der Smartphones den Sprung in jede Hosentasche. Auch wer um Geld spielen will, kann dies jederzeit und überall tun – und hinterlässt dabei Spuren im Web. Doch der Gesetzgeber schenkte der Verarbeitung und Nutzung des Geldspielverhaltens bislang wenig Aufmerksamkeit.

Die Menschen treffen im virtuellen Raum pausenlos auf Konsumanreize. Social Media-Kanäle sind gemäss einer kürzlich durchgeführten Befragung von 15- bis 19-Jährigen die relevanteste Plattform im Zusammenhang mit Substanzkonsum. Ob es sich nun um persönliche Nachrichten mit alkoholbezogenen Inhalten oder einfach nur um Partybilder handelt, die Normalisierung von Alkohol ist allgegenwärtig.

Ähnliches lässt sich zum Tabak sagen. Mit der Vermarktung alternativer Nikotinprodukte versucht die Industrie schon längst, den Gebrauch von Tabakprodukten wieder als «normal» erscheinen zu lassen, nachdem die klassische Zigarette im Vergleich zu vergangenen Dekaden an «Coolness» einbüsste. So werben z. B. Tabakunternehmen auf Social-Media-Plattformen, indem sie Influencer dafür bezahlen, Bilder zu posten. Im Fokus stehen junge Menschen, ältere Erwachsene bekommen von der Tabakwerbung kaum mehr etwas mit. Mit dem Abstimmungsresultat vom 13. Februar zur Initiative «Kinder ohne Tabak» hat das Stimmvolk die historische Chance wahrgenommen, Kinder und Jugendliche vor Tabakwerbung zu schützen bzw. jene Werbung zu verbieten, welche die Jüngsten erreicht. Dazu gehört auch das Internet mit den sozialen Netzwerken – also genau jene Räume, wo sich junge Menschen gerne aufhalten.

Nebst legalen Produkten stehen auch illegale Drogen zum Verkauf, sei es auf Websites, in den Sozialen Medien oder über Messaging-Apps. Dazu kommen Medikamente, die missbräuchlich zu Rausch-Zwecken oder zur Leistungssteigerung gesucht werden.

Der virtuelle Raum kennt Möglichkeiten ohne Grenzen, ihm selbst sind aber kaum Grenzen auferlegt. Da braucht es viel Kompetenz, um Risiken zu erkennen. Gleichzeitig ist die Debatte über sinnvolle Restriktionen überfällig.

Das Wichtigste in Kürze

Online-Aktivitäten

Die Videospiel-Nutzungsstörung ist neben der Glücks- und Geldspielnutzungsstörung eine anerkannte Verhaltenssucht. Die international geschätzte Prävalenz der Videospiel-Nutzungsstörung liegt zwischen 0.5% und 5%. Gemäss Umfragen spielt jede achte Person in der Schweiz mehrmals am Tag Videospiele. Die Grenze zwischen Video- und Geldspielen ist heute fließend, weil auch Games zum Geldausgeben auffordern. Anders als beim Gamen gibt es für die Nutzung Sozialer Netzwerke keine Diagnose einer entsprechenden Störung. Trotzdem kann es Schwierigkeiten geben. Etwa 4% der 11- bis 15-Jährigen berichten über eine problematische Nutzung, indem sie z. B. vor negativen Gefühlen flüchten. Gleichzeitig ist die digitale Manipulation (Fehlinformationen und Algorithmen) ein Thema. Um die Risiken zu vermindern, braucht es viel Sensibilisierung und gezielte Regulierung.

Glücks- und Geldspiel

Bisher in der Schweiz durchgeführte Studien zeigten Prävalenzen von 3% riskantem oder problematischem Glücksspiel. In der Fachwelt besteht Konsens, dass Online-Geldspiele u.a. wegen ihrer ständigen Verfügbarkeit besondere Risiken bergen. Die Einnahmen aus diesen Spielen machen bereits etwa 29% der gesamten Einnahmen von terrestrischen und Online-Casinos zusammen aus. Wie ein neuer Bericht zur sozialen Situation von Menschen in Suchtbehandlung zeigt, ist beim Glücksspiel der Anteil der Menschen, die in einer instabilen Wohnsituation leben, zwischen 2007 und 2017 deutlich gestiegen. Der Spielerschutz müsste dringend verbessert werden.

Alkohol

Der jährliche Pro-Kopf-Konsum in der Schweiz betrug im Jahr 2020 7.6 Liter reiner Alkohol. Während es in der Gesamtbevölkerung im Zuge der Pandemie zeitweilig an Konsumgelegenheiten fehlte, zeigen frühere Krisen, dass bei gefährdeten Bevölkerungsgruppen der Problemkonsum zunehmen könnte. Fast die Hälfte aller Personen, die im Jahr 2020 in professionelle Suchthilfeeinrichtungen eintraten, wurden hauptsächlich wegen Alkoholkonsums behandelt. Die letzte Statistik der über 6000 hierzulande durchgeführten Testkäufe zeigt, dass in über 29% der Kaufversuche durch Minderjährige der Alkohol illegal verkauft wurde. Dass mit der Migros ein weiterer grosser Akteur ins Alkoholgeschäft einsteigen will, bereitet Fachleuten Sorgen. Handlungsbedarf besteht weiter beim Jugendschutz und der Sensibilisierung für die Risiken, auch im Hinblick auf Krebserkrankungen.

Tabak

Die Raucherquote in der Schweiz ist im letzten Jahrzehnt nicht mehr gesunken, dies im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern. Es ist zudem unklar, welche Auswirkungen die Covid-Pandemie auf den Konsum von Tabak- und Nikotinprodukten hat. Bei Jugendlichen sind einfach zu handhabende E-Zigarettentypen beliebt, und sie werden praktisch ohne Jugendschutz im Internet vertrieben.

Nach jahrelanger Blockade einer effektiven Tabakpolitik durch das Parlament hat das Volk nun am 13. Februar ein Machtwort gesprochen und die auch von Sucht Schweiz mitgetragene Initiative «Kinder ohne Tabak» klar angenommen. Die Umsetzung muss nun eng verfolgt werden, damit es nicht zu einer Verwässerung des Volkswillens kommt. Damit ist ein Etappensieg für den Schutz der Jugend vor dem Tabak erreicht. Nun muss unter anderem auch bei der Besteuerung von Nikotinprodukten gehandelt werden.

Cannabis und andere Drogen

Nur wenige aktuelle Daten zeigen die Entwicklung des Konsums von Cannabis und von anderen illegalen Drogen in der Schweiz auf. Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2021 bei 15- bis 19-Jährigen konsumieren rund 9% im letzten Monat Cannabis, rund 1% tun dies täglich und 70% gar nicht. Die politische Debatte fokussiert nach wie vor auf Cannabis und vermehrt auf die Frage, wie die Regulierung dieser Substanz aussehen könnte. Die geplanten Pilotversuche in der Schweiz sollten hierzu Argumente liefern. Auch hierzulande liegen Hinweise vor, dass mehr Menschen Kokain konsumieren und damit Probleme entwickeln. Auf dem Schwarzmarkt sind die Substanzen im letzten Jahrzehnt immer stärker geworden. Diese Entwicklung verdeutlicht, wie wichtig die Aufklärung der Konsumierenden über die Eigenschaften und Risiken der Substanzen ist und dass der Diskurs über die bestmögliche Unterstützung der Konsumierenden fortgeführt werden muss.

Psychoaktive Medikamente

Die Zunahme psychischer Belastungen durch die Gesundheitskrise scheint sich auf den Konsum von potentiell abhängig machenden Schlaf- und Beruhigungsmitteln auszuwirken. Rund 4% der Bevölkerung gaben seit Beginn der Pandemie an, mehrmals pro Woche solche Medikamente einzunehmen. Bei den opioidhaltigen Schmerzmitteln fehlen aktuelle Zahlen zur Einnahme oder gar zu Abhängigkeit. Es braucht dringend eine engere epidemiologische Überwachung des Konsums und mehr Forschung. Die Todesfälle von Jugendlichen in Zusammenhang mit dem Mischkonsum von Medikamenten mit anderen Substanzen wirft weiterhin Fragen auf. In der Behandlungsstatistik *act-info* ist seit 2018 eine Zunahme der Behandlungsnachfrage unter jungen Menschen feststellbar. Die leichte Erhältlichkeit vieler involvierter Medikamente, auch über Internet, ist nach wie vor ein Problem.

ONLINE-AKTIVITÄTEN

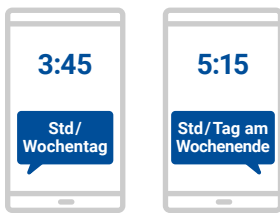


Die digitale Welt ist den Regulierungsbestrebungen immer eine Nasenlänge voraus

Die Bedeutung des Internets nahm im Zuge der Pandemie nochmals deutlich zu. Nebst allen Vorteilen gibt es Risiken. Dazu zählt der Kontrollverlust bei gewissen Online-Aktivitäten. Im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen heute die Videospiel-Nutzungsstörung sowie die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung, welche die einzigen bisher anerkannten Verhaltenssuchte sind. Fachleute sind gefordert, die Verhaltenssucht generell zu definieren – eine Frage, der sich Sucht Schweiz angenommen hat. Um die Risiken zu vermindern, braucht es viel Sensibilisierung und gezielte Regulierung – auch bei Videospielen.

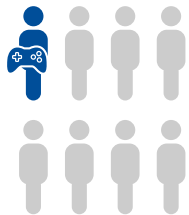
Redaktion: Monique Portner-Helfer; Marina Delgrande Jordan

1. Aktuelle Situation



Selbst eingeschätzte
Handynutzungsdauer der 12- bis
19-Jährigen (2020)

**Video- und Geldspiele
sind suchtgefährdend.**



*Etwa eine von 8 Personen
spielen mehrmals pro Tag*

Im Jahr 2020 nutzten 89% der Bevölkerung ab 14 Jahren das Internet mindestens einmal pro Woche. Wie erwartet, haben die Menschen mit Beginn der Pandemie ihre Online-Aktivitäten intensiviert. So zeigen die [JAMES-](#) und [KiDiCoTi-Studien](#), dass die Nutzungszeit der Kinder und Jugendlichen im Lockdown deutlich zunahm.

Kontrollverlust als Risiko

Sucht Schweiz definiert die Verhaltenssucht generell als ein exzessiv oder chronisch gewordenes Verhalten, dessen Folgeprobleme den individuellen Nutzen überwiegen und wenn verschiedene Risiken für die Person und ihr soziales Umfeld entstehen. In Fachkreisen besteht mittlerweile ein Konsens, dass die Anwendungen von bestimmten Apps/Aktivitäten und nicht das Medium «Internet» selbst einen Kontrollverlust auslösen. Geldspielen (dazu mehr im Kapitel Glücks- und Geldspiel) sowie Games (v.a. MMORPG¹) wird heute ein Suchtpotenzial attestiert. Was das Online-Kaufverhalten und die Online-Pornografie betrifft, so kann eine Impulskontrollstörung beobachtet werden. Das Internet bietet überdies Zugang zu Aktivitäten, die problematisch werden können wie die Nutzung sozialer Netzwerke. Doch gibt es bislang keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege für eine Störung (weder Sucht noch Impulskontrolle).

Beliebtes Gaming

Gemäss dem Gaming Atlas Schweiz 2021 spielen etwa 40% der Bevölkerung Videospiele (jegliche Art von Spiel) und sie tun dies mindestens fünf Stunden pro Woche. Gemäss einer [Studie](#) zum Online-Verhalten während der Pandemie, zeigten sich beim Gamen keine wesentlichen Veränderungen zwischen Ende Mai und Anfang Oktober 2020. Etwa eine von acht Personen spielte mehrmals am Tag. Auch in der letzten [Erhebung](#) im 2021 verblieb der Anteil dieser Spielenden auf etwa diesem Niveau.

Während Gaming ein Massenmarkt darstellt, ist E-Sports, also der sportliche Wettkampf mit Videospiele, eine bislang kompetitive Nische. Immerhin bezeichnen sich über eine halbe Million Menschen in der Schweiz als eSportlerinnen oder eSportler, wobei die entsprechende [Studie](#) E-Sports nicht näher definiert. Aus [Fachkreisen](#)² wird eingeräumt, dass für E-Sports ein Rahmen fehle, der Spielenden angemessene Bedingungen ermöglicht und sie gleichzeitig vor (exzessiven) Spielpraktiken schützen könnte.

Anerkennung als Videospiele-Nutzungsstörung

Einerseits können Videospiele Jugendlichen viel Spass bereiten und einen Austausch mit Gleichaltrigen ermöglichen. Zudem können sie (möglicherweise) die Konzentration und Lernfähigkeit verbessern³. Andererseits besteht das Risiko einer Verhaltenssucht.

¹ MMORPG (Massively Multiplayer Online Role-Playing Game) mit einer grossen Anzahl von Spielenden

² Vgl. Dépendances juin 2021, Beitrag von Niels Weber. S. 23 ff.

³ Vgl. UNIGE-Artikel Ru-Yuan Zhang et al., 2021

Neben der Glücks- und Geldspielnutzungsstörung ist die Videospiele-Nutzungsstörung in ICD-11, der internationalen Klassifikation der Krankheiten, erfasst. Kennzeichnend sind die verminderte Kontrolle, eine überhöhte Bedeutung des Spielens, welches andere Interessen und Alltagsaktivitäten verdrängt sowie eine fortgeführte Nutzung trotz negativer Folgen.

Ausmass der Videospiele-Nutzungsstörung bewegt sich laut Schätzungen zwischen 0.5% und 5%.

Derzeit gibt es für die Schweiz keine verlässlichen Daten über die Prävalenz der Videospiele-Nutzungsstörung. Einer Literaturübersicht von King et al. (2020) zufolge schwankt international die geschätzte Prävalenz zwischen 0.5% und 5%; sie ist somit ähnlich hoch wie die der Glücks- und Geldspielnutzungsstörung. Diese recht große Bandbreite spiegelt die Vielfalt der in den Studien verwendeten Messinstrumente wider, von denen keines derzeit für die Schätzung der Prävalenz der Störung gemäß ICD-11 validiert ist. Dabei ist zu bedenken, dass die Grenzen zwischen Video- und (Online-)Geldspielen fließend geworden sind. Videospiele, die sich über In-Game-Käufe finanzieren, wollen die Spielenden möglichst lange im Spiel halten. Und eigentlich kostenlose Videospiele (Free-to-Play) animieren mit sog. Lootboxen dazu, Geld für bessere Gewinnchancen auszugeben (wobei sich der Inhalt erst beim Öffnen einer Lootbox zeigt).

Social Media sind für viele ein ständiger Begleiter

Soziale Netzwerke wurden von den 10- bis 18-Jährigen im Lockdown nicht unerwartet intensiver genutzt und stellten wohl eine Bewältigungshilfe im Ausnahmezustand dar.

Etwa 4% der im Rahmen der HBS-C-Studie 2018 befragten 11- bis 15-Jährigen weisen eine problematische Nutzung sozialer Netzwerke auf. Mädchen (5.2%) waren stärker betroffen als Jungen (3.7%). Dazu zählen gemäss der in dieser Studie festgehaltenen Kriterien u.a. der vergebliche Versuch, weniger Zeit in sozialen Netzwerken zu verbringen und die häufige Nutzung, um vor negativen Gefühlen zu flüchten.

Gleichzeitig wird die digitale Manipulation diskutiert bzw. die Art und Weise, wie u.a. soziale Netzwerke unser Urteilsvermögen durch gezielte Fehlinformationen und Algorithmen (Filterblasen, d.h. selektive Informationsauswahl durch Berücksichtigung des bisherigen Nutzerverhaltens) beeinflussen. Dazu kommen Mechanismen, die dazu verleiten, möglichst lange in Kontakt zu bleiben. Bislang ist unklar, ob und wie sich ein Suchtverhalten bei sozialen Netzwerken genau äussern könnte. Es gibt keine international anerkannte Diagnose für eine entsprechende Störung. Möglich ist, dass eine problematische Nutzung nicht einer Sucht entspricht, sondern gemäss Kardefelt-Winther (2014) vielmehr Ausdruck eines anderen Problems ist. Das heisst, wenn sie z. B. genutzt werden, um vor Alltagsproblemen zu fliehen und damit es einem besser geht.

Behandlung: Grosser Unterschied zwischen den Geschlechtern

Das Monitoring-Netzwerk act-info zeigt, dass im Jahr 2020 in der Schweiz 1.9% der Behandlungseintritte in die spezialisierte Suchthilfe die problematische Internetnutzung als Hauptproblem betrafen (aufgrund welcher Internetaktivität ist dabei nicht bekannt). Das Durchschnittsalter der im Monitoring erfassten Personen liegt bei ca. 23 Jahren und mit 90% sind mehrheitlich Männer in Behandlung. Bei betroffenen Frauen darf angenommen werden, dass sie sich eher wegen gleichzeitig auftretenden Erkrankungen in Behandlung begeben und Symptome der zusätzlich vorliegenden internetbezogenen Probleme unbehandelt bleiben (vgl. SuchtMagazin; 2/2020).

90% 
unter den Personen
in Behandlung wegen
problematischer Internetnutzung

2. Politik

Schutz der Minderjährigen vor Medieninhalten

Minderjährige sollen vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen geschützt werden. Der Nationalrat ist vor gut einem Jahr auf eine Vorlage zu einem neuen Gesetz eingetreten, die etwa Kinos, Onlinehändler und Plattformen wie Youtube zu Alterskennzeichnungen verpflichtet. Im Fokus stehen Darstellungen von Gewalt oder Sexualität. Das neue Gesetz klammert jedoch das Suchtrisiko aus, das von Videospielen ausgeht. Bezüglich der Einschränkung von Mikrotransaktionen (Kaufoptionen mit kleinen Beträgen in Videospielen) stehen die Eltern – und nicht die Game-Industrie – in der Verantwortung. Im letzten Juni nahm der Nationalrat das neue Gesetz in der Gesamtabstimmung an.

Auslegeordnung zu den Verhaltenssüchten gefragt

Im Juni nahm der Nationalrat zudem ein Postulat an, wonach im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der verschiedenen Formen von «Cyberabhängigkeit¹» erarbeitet werden soll. Bildung, Prävention, Behandlung und Risikoverminderung sollen gestärkt werden. Und wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme festhält, hat das Bundesamt für Gesundheit Sucht Schweiz und die Groupement romand d'études des addictions (GREA) mit einer Recherchearbeit «Auslegeordnung Verhaltenssüchte» beauftragt, welche die Situation in den Bereichen Social Media, Glücks- und Geldspiel, Videospiele, Kaufverhalten und Online-Pornografie darstellt.

¹ Dieser im Postulat 20.4343 verwendete Begriff entspricht nicht der gängigen Terminologie, zumal der Begriff Abhängigkeit grundsätzlich in Zusammenhang mit Substanzen gebraucht wird. Einigkeit besteht darin, dass gewisse Online-Aktivitäten und nicht das Medium «Internet» selbst zu einem Kontrollverlust führen können.

3. Unsere Forderungen

Nebst den Chancen, welche die Nutzung digitaler Medien mit sich bringt, gibt es ein Gefährdungspotenzial. Für Sucht Schweiz stehen folgende Aspekte im Zentrum.

→ Klare Abgrenzung zum Geldspiel

Aus Präventionssicht sind Kaufsysteme in Videospiele problematisch. So sind Lootboxen zu bezahlende Zufallsinhalte, welche laut Anbietern für einen zusätzlichen Spielanreiz stehen. Diese Tools, bei denen Spielende nicht wissen, was sie kaufen, haben Glücksspielcharakter. In Belgien, wo die bestehende Rechtsgrundlage die Einordnung der Lootboxen in der Kategorie der Glücks- und Geldspiele erlaubte, sind sie in Videospiele verboten. Dieses Beispiel zeigt, dass ein Verbot die fließende Grenze zwischen Video- und Glücksspielen angehen kann – eine Strategie, die auch in der Schweiz diskutiert werden sollte.

→ Stärkung der Medienkompetenz

Diese muss bereits bei Kindern, aber auch bei Eltern gefördert werden. Erwachsene brauchen mehr Wissen über das digitale Angebot und wesentlich ist auch, dass sie besser verstehen, welche Funktion Videospiele und soziale Netzwerke für Jugendliche erfüllen. Zudem braucht es die kritische Diskussion über die Programmierung von Medieninhalten, welche die Nutzenden zu binden versuchen. So macht man z. B. in Videospiele zu Beginn rasch Fortschritte und bekommt viel positive Rückmeldung. Das nimmt dann ab, so dass man immer mehr spielen muss.

Die Nutzung sozialer Netzwerke durch Heranwachsende bereitet manchen Eltern Sorgen. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche begleitet werden, damit sie sowohl Informationen als auch ihr eigenes Verhalten kritisch hinterfragen können. Das Gespräch über Inhalte, aber auch über die Risiken, sollte im Zentrum stehen.

→ Hilfe erleichtern

Die gesellschaftlichen Akteure stehen vor der Herausforderung, das Online-Verhalten weder unbegründet zu dramatisieren noch zu verharmlosen. Wichtig bleibt, jene zu unterstützen, die Probleme entwickeln, denn mögliche Folgen betreffen die psychische und körperliche Gesundheit als auch die soziale Situation (Familie, Schule, Arbeit). Damit Betroffene sowie Angehörige adäquate Hilfe finden, müssen die Beratungs- und Behandlungsangebote zwingend bekannt gemacht werden.

Förderung der Medienkompetenz als Daueraufgabe

GLÜCKS- UND GELDSPIEL



Online-Casinos erleben ihre grosse Stunde – während der Spielerschutz eine Baustelle bleibt

Mit der Zunahme der Online-Geldspiele steigt auch die Suchtgefahr. Die permanente Verfügbarkeit, der fehlende Bezug zum realen Geld oder die geringe soziale Kontrolle verleiten jederzeit zum Weiterspielen. Seit dem Jahr 2019 sind Schweizer Online-Casinos legal möglich und sie machen schon nahezu ein Drittel der gesamten Casino-Einnahmen aus. Das liegt auch an der Pandemie und der zeitweiligen Schliessung der Spielbanken. Inwieweit das Geldspielgesetz illegale Angebote zurückdrängt ist unklar, aber dass es suchtgefährdete Spielende nur unzureichend schützt, ist spätestens jetzt klar. Wie die verbesserte Regulierung der in der Romandie beliebten elektronischen Wetten (Ex-Tactilos) zeigt, bieten sich auch Chancen für den Spielerschutz.

Redaktion: Monique Portner-Helfer; Luca Notari

1. Aktuelle Situation

Gleich wie die Videospiel-Nutzungsstörung ist die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung in der internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) erfasst. Online-Geldspiele sind besonders problematisch, weil man auf mehreren Plattformen gleichzeitig spielen kann, wenig soziale Kontrolle hat oder und den Bezug zum realen Geld verliert.

Probleme bei fast einem von zehn Online-Spielenden

Derzeit liegen für die Schweiz keine Daten zur Prävalenz der Glücks- und Geldspielnutzungsstörung gemäss ICD-11 vor. Es gibt jedoch Studien, die eine Grössenordnung des Ausmasses dieser Problematik in der Bevölkerung aufzeigen. So verzeichnete eine Studie eine Prävalenz von exzessivem Glücksspiel von rund 3% in der Schweizer Bevölkerung (genauer: 2.8% «riskant» und 0.2% «pathologisch»). Eine **Studie**, die sich ausschließlich mit Personen befasste, die online um Geld spielten, schätzte die Prävalenz von «problematischem Glücksspiel» auf 2.3% und von «riskantem Glücksspiel» auf 6.7% in dieser spezifischen Bevölkerungsgruppe. Mit anderen Worten zeigte sich schon vor Inkrafttreten des neuen Geldspielgesetzes, dass fast jeder zehnte Online-Spielende von Problemen berichtet.

3%

der Bevölkerung weisen ein exzessives Spielverhalten aus

Daten des **COVID-19 Social Monitors** legen nahe, dass die Prävalenz von mehrmals wöchentlichem Online-Gambling seit Juni 2020 bei rund 2% liegt. Inwiefern sich längerfristig Veränderungen durch die Pandemie ergeben, müssen künftige Studien zeigen.

Gemäss der **act-info** Institutionenbefragung betrafen 1.9% der Behandlungseintritte in die spezialisierte Suchthilfe im Jahr 2020 das Glücks- und Geldspiel als Hauptproblem.

Wie ein neuer **Bericht** zur sozialen Situation von Menschen in Suchtbehandlung zeigt, hat sich beim Glücks- und Geldspiel der Anteil der Menschen, die in einer instabilen Wohnsituation leben, zwischen 2007 und 2017 verdoppelt (von 3.8% auf 7.5%).

(Ex-)Tactilos und ihre Probleme

Elektronische Lotterien (oder Tactilos) werden seit 20 Jahren in rund 350 Westschweizer Gaststätten angeboten. Ein neuer Bericht beleuchtet die Probleme im Zusammenhang mit diesen Lotterien. Sie gelten vor allem deshalb als problematisch, weil sie leicht zugänglich in Beizen und Bars stehen (ca. 2 Meter hohe Geräte mit Bildschirmen), wo Menschen sich treffen und Alkohol konsumiert wird. Sie richten sich eher an Menschen, die sozio-ökonomisch benachteiligt sind.

Starke Zunahme bei den Online-Casinos

Die Schweizer Casinos (terrestrische Spielbanken) weisen im Pandemiejahr 2020 einen Bruttospielertrag in der Höhe von rund 452 Mio. Franken aus (2019: CHF 742.5 Mio.). Die Online-Casinos nahmen 186 Mio. Franken ein (2019: CHF 23.5 Mio.). Der Online-Bereich konnte trotz starker Zunahmen die Ausfälle im Zuge der Casino-Schliessungen nicht wettmachen. Die Gesamteinnahmen der Online-Geldspiele machen bereits etwa 29% der gesamten Einnahmen von terrestrischen und Online-Casinos zusammen aus.

Keine massiven Rückgänge bei den Lotterien

Der Bruttospielertrag aus Lotterien und Sportwetten (Grossspiele) belief sich im Jahr 2020 auf 992.8 Mio. Franken (2019: CHF 998.6 Mio.). Laut Interkantonaler Geldspielaufsicht Gespa¹ dürften die Rückgänge (in der Westschweiz) im Wesentlichen durch die Corona-Pandemie begründet sein. In der Deutschschweiz war der Bruttospielertrag im Jahr 2020 sogar höher als im Vorjahr.

Entwicklung bei den gesperrten Personen wirft Fragen auf

Ende 2020 lag die Zahl der schweizweit geltenden Sperrlisten bei 72 126 (gesperrte Personen). Dies entspricht einer jährlichen Zunahme von 10 197, was fast drei Mal mehr ist als im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2018. Eine Spielsperre gilt schweizweit und erstreckt sich auf terrestrische und online Spielbankenspiele sowie auf online Grossspiele. Es gibt verschiedene Faktoren, welche die starke Zunahme der Spielsperren erklären könnten. Zum einen spielt das grösser gewordene Online-Glücksspielangebot eine Rolle, welches das neue Gesetz seit 2019 zulässt. Zum anderen bergen Online-Geldspiele gerade wegen ihrer ständigen Verfügbarkeit ein höheres Risikopotenzial. Als Hypothese lässt sich anfügen, dass die von jeder Spielbank für Online-Geldspiele ausgestalteten Früherkennungskriterien bei fehlendem Finanznachweis rasch zu einer Sperre führen können. Wie von kantonalen Fachstellen zu vernehmen ist, nahmen die von gesperrten Personen beantragten Gespräche zur Aufhebung der Spielsperre in letzter Zeit zu.

Das Geldspielgesetz verlangt, dass der Zugang zu einem Online-Geldspielangebot gesperrt werden muss (IP-Blocking), wenn dieses hierzulande nicht bewilligt ist und der Betreiber seinen Sitz oder Wohnsitz im Ausland hat oder ihn verschleiert. Dazu wird eine Sperrliste veröffentlicht. Dass die Sperrung von nicht autorisierten Online-Glücksspielen gesetzeskonform ist, wurde im letzten November vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Entsprechende Beschwerden von Gesellschaften mit Sitz in Malta wurden abgewiesen.

Schweizer Spielende, die auf nicht konzessionierten Websites spielen, machen sich indes nicht strafbar.



¹ Am 1. Januar 2021 trat das gesamtschweizerische Geldspielkonkordat (GSK) in Kraft. Die Gespa hat auf den gleichen Zeitpunkt die Aufgaben und Kompetenzen der ehemaligen Comlot übernommen.

2. Politik

Bessere Regulierung bei den in der Romandie beliebten Tactilos.

Vor rund einem Jahr wurden die Probleme in Zusammenhang mit den elektronischen Lotterien (Ex-Tactilos) im oben genannten Bericht aufgezeigt und mit Entscheid vom letzten September erteilte die Gespa der Loterie Romande die im Zuge des Geldspielgesetzes notwendige Bewilligung für zehn Spiele (Ex-Tactilos). Zudem knüpfte sie dies an neue Auflagen, wonach in der Schweiz gesperrte Personen nun auch von der Nutzung der (Ex-)Tactilos ausgeschlossen werden müssen und eine problematische Nutzung ebenfalls zu einer Sperrung führt. Dazu muss die Loterie Romande griffige Massnahmen einführen, die entweder beim Zugang zum Spiel oder bei der Auszahlung der Gewinne Anwendung finden.

Monitoring für gezielteren Spielerschutz

Die Konferenz der kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS) befürwortet ein Monitoring des Geldspiels, damit zukünftige Präventions- und Spielerschutzmassnahmen auf wissenschaftlicher Basis und mit Blick auf die Risikogruppen aufgebaut werden können. Das Geldspielgesetz sieht die Offenlegung dieser Daten vor, wonach Informationen zu Angeboten und Spielverhalten für die Forschung zugänglich gemacht werden müssen.

Kantone bewilligen nach und nach weitere Angebote

Die Kantone müssen im Zuge des Bundesgesetzes über Geldspiele ihre Gesetzgebung anpassen. Damit befinden sie auch über die Durchführung von Geschicklichkeitsgrossspielen (automatisierte Geldspiele), für welche es eine Bewilligung der Gespa braucht. Pokerturniere mit geringen Spieleinsätzen gelten gemäss dem Geldspielgesetz als sog. «Kleinspiele». Das heutige Recht erlaubt die Durchführung von «kleinen Pokerturnieren», wenn eine Bewilligung des jeweiligen Kantons vorliegt. Nach und nach haben die Kantone diese Spielangebote erlaubt.

So wurde das seit 1994 im Kanton Zürich geltende Spielautomatenverbot im letzten Jahr aufgehoben. Das Zürcher Stimmvolk nahm im Juni 2021 das neue Geldspielgesetz deutlich an. Damit sind seit Anfang 2022 Geldspielautomaten auch ausserhalb von Casinos zulässig – z. B. in Restaurants, Bars und Spielsalons. Zugelassen sind sog. Geschicklichkeitsspiele, reine Glücksspiele (wie Slot machines oder «Einarmiger Bandit») bleiben verboten.

Eine restriktivere Regulierung wählte der Kanton Tessin, der kleine Pokerturniere und lokale Sportwetten verbietet, um Nachteile sozialer Art zu vermeiden.

3. Unsere Forderungen

Gefährdete Spielende
wirksamer schützen

Das Angebot an Geldspielen hat sich bis heute mit den Online-Spielen vervielfacht. Für jede Vorliebe findet sich etwas Passendes. Das lockt mehr Spielende an. Für die meisten bleibt es bei Spass und Spiel. Doch je mehr Menschen um Geld spielen, desto grösser wird die Gruppe jener, welche die Kontrolle über ihr Spiel verlieren, zumal Online-Angebote viele Attribute aufweisen, die ein problematisches Spiel begünstigen. Aufgabe der Prävention ist, gefährdete Spielende zu schützen.

→ Bessere Kooperation unter den Anbietern

Nötig ist die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Casinos und Lotterien, um problematisch Spielende rascher zu erkennen. Heute können sie lange auf verschiedenen Plattformen spielen, ohne identifiziert zu werden.

Studien zeigten zudem, dass in der Schweiz gesperrte Personen oft im grenznahen Ausland weiterspielen. Deshalb bräuchte es die Kooperation von grenznahen Casinos im Rahmen von Spielsperren.

→ Geld- und Videospiele: mehr Sensibilisierung

Gezielte Information über die Vermischung von Geld- und Videospiele: Während einige Geldspiele wie Videospiele daherkommen, animieren eigentlich kostenlose Videospiele (Free-to-Play) dazu, Geld für bessere Gewinnchancen oder seltene Objekte auszugeben, die einen von der Masse abheben sollen. Doch meist bestimmt ausschliesslich der Zufall, was man gewinnt. Umso wichtiger ist die Medienerziehung. Spielende, gerade auch Jugendliche sowie Eltern, müssten verstärkt über Mikrotransaktionen (vgl. dazu das Kapitel «Online-Aktivitäten») aufgeklärt werden.

→ Keine Lifestyle-Werbung

Sucht Schweiz fordert, die Werbung wirksamer zu regulieren und insbesondere «Lifestyle-Werbung» (Anpreisung eines Lebensgefühls) zu verbieten und Transparenz bezüglich der Gewinnchancen und des Verlustrisikos zu schaffen.

→ Prüfen, ob illegale Angebote verdrängt werden

Sucht Schweiz plädiert für eine kritische Diskussion der Frage, ob und inwieweit das neue Geldspielgesetz die illegalen Angebote zurückdrängt – handelt es sich doch um ein Ziel, das in der Gesetzgebungsdebatte für den Spielerschutz geltend gemacht wurde. Es müsste im Sinne des Gesetzgebers sein, die diesbezüglichen Auswirkungen der neuen Rechtslage zu untersuchen, um bei Bedarf weitere Massnahmen zum Schutz der Spielenden vor illegalen Angeboten einzuleiten.

Ein gutes Lebensgefühl
zu vermitteln, ist aus
Präventionssicht unzulässig.

ALKOHOL

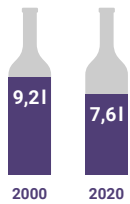


Die Pandemie ist für den Problemkonsum eine grosse Hypothek

Weniger Trinkgelegenheiten im Zuge der Gesundheitskrise dürften den Konsum in der Gesamtbevölkerung kurzzeitig gedrosselt haben. Fachleute befürchten aber, dass krisenbedingte Belastungen bei manchen Menschen einen problematischen Konsum fördern. Beim Jugendschutz sind im Zuge der Pandemie Verschlechterungen auszumachen und im Internet gelangen Minderjährige noch leichter an Alkohol als in Geschäften. Um Alkoholprobleme von morgen zu vermeiden, braucht es Gegenmassnahmen beim Preis, der Werbung und der Erhältlichkeit.

Redaktion: Monique Portner-Helfer ; Gerhard Gmel

1. Aktuelle Situation



Pro-Kopf-Konsum reiner Alkohol

Der jährliche Pro-Kopf-Konsum, basierend auf [Verkaufszahlen](#), betrug im Jahr 2020 7.6 Liter reiner Alkohol. Er bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren (2019: 7.9 l). Neue Daten (2021) gibt es zum Alkoholkonsum der 15- bis 19-Jährigen. [52.3%](#) von ihnen trinken regelmässig Alkohol (definiert als mind. monatlicher Konsum).

Belastungen können Problemkonsum fördern

In der Schweiz deuten die wenigen verfügbaren Daten auf einen stabilen bis leicht rückläufigen Alkoholkonsum in der Gesamtbevölkerung während den ersten Monaten der Pandemie. Laut einer [Studie der OECD](#) (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zeigen aber Erfahrungen aus früheren Krisen, dass es mittelfristig zu einer Zunahme des problematischen Alkoholkonsums kommen könnte, zumindest bei gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Übermässiger Alkoholkonsum als Stressbewältigung während grösseren Krisen, zu denen die Pandemie gehört, ist bei vulnerablen Personengruppen durchaus üblich. Verschlechterungen der psychischen Gesundheit bieten somit Anlass zur Sorge, da sie den Konsum begünstigen können, gerade bei jungen Menschen wie eine Zürcher Studie¹ zum Zeitraum von April bis September 2020 nahelegt. Auch eine Befragung des [Blauen Kreuzes](#) Bern-Solothurn-Freiburg bei Jugendlichen an Oberstufenschulen (2021) deutet darauf hin, dass namentlich das Rauschtrinken zunahm.

Dabei darf nicht vergessen gehen, dass weitere Altersgruppen wie ältere Menschen gefährdet sind, Suchtprobleme zu entwickeln. So zeigt eine [Bestandsaufnahme](#) des Kantons Freiburg, dass 11.6% der Personen über 65 Jahren, die Spitexleistungen in Anspruch nehmen oder in einem Pflegeheim wohnen, an einer Suchterkrankung leiden, oft in Zusammenhang mit Alkohol, jedoch auch mit Tabak und Medikamenten.

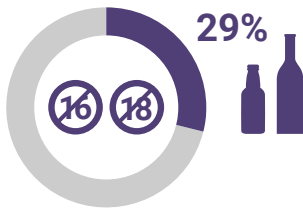
Beinahe ein [Fünftel](#) der im Rahmen des COVID-19 [Social Monitors](#) Befragten gab an, dass sie während des Lockdowns deutlich weniger Suchtmittel konsumierten. Auch die Ergebnisse einer [Online-Befragung](#) (in 21 Ländern, exklusive der Schweiz) zeigen, dass von Ende April bis Ende Juli 2020 viele Menschen weniger Alkohol tranken, wobei es vor allem weniger Rauschtrinkepisoden gab. Jene, die von einer Notlage berichteten, verringerten ihren Konsum mit geringerer Wahrscheinlichkeit als jene ohne Notlage.

Die im Rahmen des Projekts [act-info](#) durchgeführte Institutionenbefragung zeigt, dass im Jahr 2020 in der Schweiz ca. 49% der Personen, die in professionelle Suchthilfeeinrichtungen eintraten, hauptsächlich wegen Alkoholkonsums behandelt wurden. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 45 Jahren und mit 68% sind mehrheitlich Männer in Behandlung.

Alkoholprobleme sind auch im Alter ein Thema.

¹ Leos-Toro C. et al., Trends of tobacco, alcohol, cannabis use, and other addictive behaviours among young adults in Zurich during the COVID-19 pandemic. April to September 2020. 2021.

Kein Rückgang der Verkehrsunfälle im Jahr 2020



Testkäufe 2020:
29% illegale Verkäufe

Pandemie schwächte den Jugendschutz

Obwohl der Strassenverkehr im Pandemiejahr 2020 zurückging, sank die Zahl der schweren alkoholbedingten Strassenverkehrsunfälle im Vergleich zu 2019 nicht. Insgesamt kamen gemäss TCS 23 Menschen auf Schweizer Strassen ums Leben. 2019 waren drei Todesfälle weniger zu beklagen.

Jugendschutz im Internetverkauf lückenhaft

Die Statistik der 6040 gesamtschweizerisch vorgenommenen Testkäufe im Jahr 2020 zeigt, dass in über 29% der Kaufversuche durch Minderjährige der Alkohol illegal verkauft wurde, was einer Steigerung von gut 9 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Einschätzung des Alters ist durch die Maskenpflicht noch schwieriger geworden und die Konzentration auf die Hygienevorschriften haben den Jugendschutz mancherorts in den Hintergrund gedrängt. Dies zeigt einmal mehr die Wichtigkeit von technischen Hilfsmitteln für das Verkaufspersonal (z. B. Scanner, der die Identitätskarte liest oder farbige Armbänder zur Alterserkennung).

Weitere Untersuchungen haben ergeben, dass der Jugendschutz im Internetverkauf praktisch inexistent ist. Von März bis Mai 2021 führte das Blaue Kreuz 126 Alkohol-Testkäufe auf den Onlineportalen von Lieferdiensten, Einzelhandelsgeschäften und Restaurants durch. Nur jeder zwanzigste Alkoholverkauf an Minderjährige wurde dabei verhindert.

2. Politik

Wenig Bewegung in der Alkoholpolitik

Auf nationaler Ebene gibt es in Sachen Alkoholpolitik kaum Bewegung. Mit einer Interpellation fragt Nationalrätin Lilian Studer, inwieweit die Pandemie den Konsum beeinflusst hat. Weiter steht die Alkoholwerbung im Fokus eines Postulats, das Massnahmen verlangt, um insbesondere junge Menschen vor Alkoholwerbung, speziell in der digitalen Welt, zu schützen. Der Bundesrat empfiehlt das Postulat deshalb zur Annahme, weil die Kontrolle der Werbung im Internet in den letzten Jahren zunehmend schwieriger wurde. In einem Bericht soll evaluiert werden, wie die geltenden Bestimmungen zur Alkohol-Werbung im Internet umgesetzt werden und wo dabei die Herausforderungen liegen

Alkohol-Debatte beim Detailhandelsriesen

Bis Anfang Juni werden die Genossenschafterinnen und Genossenschafter in Urabstimmungen darüber befinden, ob die Migros-Supermärkte künftig alkoholische Getränke verkaufen sollen. Aus Präventionssicht ist es Besorgnis erregend, wenn ein weiterer grosser Anbieter ins Alkoholgeschäft einsteigt und damit den Zugang zum Alkohol noch mehr erleichtert. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass die zusätzliche Konkurrenz ihre Produkte stark bewerben und den Preiskampf ankurbeln wird. Nicht zu vergessen sind all jene Menschen, die keinen Alkohol (mehr) trinken wollen und in der Migros eine Einkaufsmöglichkeit haben, ohne ständig an den Alkohol erinnert zu werden.

Europa fördert die Information zum Krebsrisiko

Oft unbekanntes Krebsrisiko von Alkohol

Der im Jahr 2021 von der Europäischen Kommission vorgelegte Plan gegen den Krebs sieht Massnahmen vor, um besser über das mit dem Alkoholkonsum verbundene Krebsrisiko aufzuklären. Die Kommission möchte in den kommenden Jahren mit Mitgliedstaaten und Interessengruppen diskutieren, wie die Konsumierenden am besten mit klaren Informationen zu den gesundheitlichen Gefahren von Alkohol versorgt werden können. Konkrete Vorschläge sollen bis Ende 2023 folgen. Zudem wird die Kommission auch die EU-Rechtsvorschriften zur Besteuerung von Alkohol überprüfen.

Gemeinsam mit der «International Agency for Research in Cancer» hat die WHO ein neues Faktenblatt publiziert zu den Zusammenhängen zwischen Alkoholkonsum und verschiedenen Krebsarten. Europa hat den weltweit höchsten Alkoholkonsum zu verzeichnen, und alkoholbedingte Krebserkrankungen sind ein grosses Problem für das Gesundheitswesen in der EU. Mit einem Anteil von 29% war Krebs 2016 die häufigste Ursache alkoholbedingter Todesfälle, gefolgt von Leberzirrhose (20%) und Herz-Kreislauf-Erkrankungen (19%). Die WHO in Europa empfiehlt eine drastische Erhöhung der Alkoholsteuer. Damit liessen sich über 100 000 Krebserkrankungen und 5000 Krebstote pro Jahr vermeiden.

3. Unsere Forderungen

Alkohol wird attraktiv beworben, ist rund um die Uhr und billig erhältlich. Da braucht es Gegenmassnahmen.

Nebst der Sensibilisierung für die Risiken wie beispielsweise die Bewegung des Dry January (ein Monat ohne Alkohol) fordert Sucht Schweiz Folgendes:

→ Wirksamere Preisgestaltung

Preisliche Massnahmen wie ein (in Schottland und Irland bereits eingeführter) Mindestpreis oder Steuererhöhungen entsprechend ihres Alkoholgehalts reduzieren den Alkoholkonsum gerade von Jugendlichen und Risikokonsumierenden.

Die Werbung fordert heute sogar zum Kauf von extra grosse Spirituosenflaschen (3 L) auf. Die Hypothese steht im Raum, wonach XL-Flaschen den Mehrkonsum ankurbeln. Alkohol ist kein gewöhnliches Konsumgut, das man in übergrossen Behältern mit Mengenrabatt anpreisen darf.

→ Kein Alkoholverkauf in der Migros

Studien zeigen, dass der Gesamtkonsum und damit auch das Ausmass der Probleme mit der Dichte der Verkaufspunkte steigen. Je breiter der Zugang und je attraktiver das Marketing (Werbung / Preis), desto mehr wird getrunken. Für manche dürfte die Hürde sinken (Zeitersparnis), weil man keinen Extra-Laden aufsuchen muss, um Alkohol zu beziehen. Sucht Schweiz appelliert an die Migros-GenossenschaftlerInnen, den Alkoholverkauf in der Migros nicht zuzulassen.

→ Jugendschutz stärken

Das Verkaufs- und Servicepersonal muss mit besserer Schulung und technischen Hilfsmitteln gestärkt werden. Im Internet ist der Jugendschutz praktisch inexistent. Die Vertreiber müssen hier dringend zur Verantwortung gezogen werden. Eine Angleichung des Mindestalters für die Abgabe von Alkohol auf 18 Jahre würde helfen.

Nachtverkaufsverbot: In verschiedenen Kantonen bestehen Restriktionen für den Verkauf ab einer gewissen Zeit am Abend. Untersuchungen in der Romandie zeigen, dass es bei jüngeren Menschen bis zu 30% weniger Spitaleinlieferungen (Alkoholvergiftung) gab.

→ Einschränkung der (Lifestyle-)Werbung

Werbung führt nachweislich zu mehr Alkoholkonsum insbesondere unter Jugendlichen. Sucht Schweiz fordert ein Verbot von Lifestyle-Werbung für vergorene Alkoholika, d.h. dass für Bier und Wein nur sachliche, produktebezogene Werbung zulässig wäre, wie dies bei den Spirituosen längst Praxis ist.

→ Sensibilisierungskampagne für Krebsrisiken

Sucht Schweiz fordert eine nationale Kampagne, welche für die oft unbekannteren krebsbedingten Risiken von Alkohol sensibilisiert.

TABAK



Tabakpolitik: Ein Etappensieg an der Urne

Die Raucherquote in der Schweiz sinkt seit über 10 Jahren nicht mehr, dies im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern. Noch immer beginnen viele Jugendliche mit dem Tabakkonsum. Es ist zudem unklar, welche Auswirkungen die Covid-Pandemie auf den Konsum von Tabak- und Nikotinprodukten hat.

Nach jahrelanger Blockade der Tabakpolitik im Parlament hat das Volk nun am 13. Februar ein Machtwort gesprochen und die von Sucht Schweiz mitgetragene Initiative «Kinder ohne Tabak» klar angenommen. Damit ist ein Durchbruch für den Schutz der Minderjährigen vor dem Tabakmarketing erreicht.

Redaktion: Markus Meury; Grégoire Vittoz

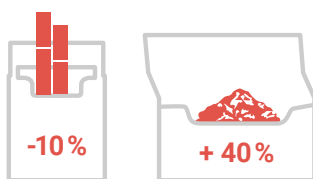
1. Aktuelle Situation

Raucherquote stagniert
seit über 10 Jahren

Die letzten verfügbaren Daten der Schweizerischen Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2017 zeigten, dass noch immer gut ein Viertel der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren raucht, 19% tun dies täglich. Unter den 15-Jährigen haben nach der Schülerstudie «Health Behaviour in School-aged Children» (HBSC) im Jahr 2018 9.7% der Buben und 7.7% der Mädchen mindestens wöchentlich geraucht, 5.6% der Buben und 3.5% der Mädchen täglich. Hinzu kamen in den letzten Jahren die E-Zigaretten: Gemäss den Zahlen aus der HBSC-Studie haben (noch vor dem Aufkommen von Produkten wie Juul und Puff Bars) über 40% der 15-Jährigen mindestens einmal eine E-Zigarette ausprobiert.

Seither sind keine neuen gesamtschweizerischen Zahlen verfügbar. Hingegen gaben in einer grossen Umfrage unter den Aargauer Berufs- und KantonsschülerInnen im 2021 rund ein Drittel der befragten 15- bis 17-Jährigen an, mindestens wöchentlich ein Nikotinprodukt zu konsumieren. Dabei gab ein Viertel der Befragten an, zu rauchen, und 16.6% gebrauchten andere Tabak- oder Nikotinprodukte.

Auf Grund fehlender Daten ist die Entwicklung des Konsums in der Gesamtbevölkerung und auch der Einfluss der Covid-Pandemie unklar. Eine Untersuchung hat gezeigt, dass vor allem junge Rauchende sowie Menschen, deren psychische Gesundheit oder deren Beziehungen sich während des Lockdowns verschlechterten, oder die sich um ihre Arbeitsstelle sorgten, mehr rauchten und den Konsum auch nachher nicht mehr senkten. Solche Schwierigkeiten senken die Hemmschwelle für den Substanzkonsum. Die Untersuchungen, die im 2022 wieder durchgeführt werden (Schweizerische Gesundheitsbefragung in der Gesamtbevölkerung und die Schülerstudie Health Behaviour in School-aged Children) werden ab dem Jahr 2023 Aufschluss geben.



Tabakverkäufe zwischen
2014 und 2020

Zigarettenverkäufe
sinken, Konsum anderer
Nikotinprodukte steigt

Markt: Neue Produkte im Trend

Die Anzahl verkaufter industrieller Zigaretten hat zwischen 2014 und 2021 um rund 10% auf jährlich 9.13 Milliarden Stück abgenommen. Umgekehrt hat die Einfuhr von Tabak für Zigaretten zum selber Drehen zwischen 2014 und 2020 um 40% zugenommen. Die Detailzahlen zu den gerauchten Produkten im Jahr 2017 zeigen, dass das Shisha-Rauchen seit 2012 zugenommen hat.

Im Bereich der Tabakprodukte zum Erhitzen scheint eine Marktberreinigung stattgefunden zu haben: Nurmehr Philip Morris vertreibt entsprechende Produkte in der Schweiz, die anderen Hersteller (Japan Tobacco und BAT) nicht mehr. Letztere setzen nun auf E-Zigaretten und Snus. Aber auch bei den E-Zigaretten sind keine Marktzahlen erhältlich. Es ist davon auszugehen, dass die Verkaufszahlen nach der Freigabe des inländischen Verkaufs von nikotinhaltigen E-Liquids durch das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2018 gestiegen sind. Sie werden stark über das Internet vertrieben, wo zudem der Jugendschutz praktisch inexistent ist.

Nach der Legalisierung des Snus-Verkaufs in der Schweiz sind mehrere Produzenten mit aggressivem Marketing neu im Schweizer Markt eingestiegen. Genaue Verkaufszahlen sind nicht erhältlich. Es ist einzig bekannt, dass die Einfuhr von Kau-, Rollen- und Schnupftabak aus Schweden schon zuvor zwischen 2016 und 2019 um 150% auf einen Wert von 20 Millionen Franken gestiegen ist. Nach den Detailzahlen von 2018 wird Snus kaum zum Rauchausstieg genutzt.

Kosten von 3.9 resp. 6.2 Milliarden Franken pro Jahr

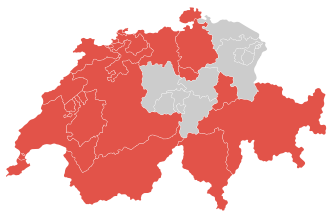
Eine Studie zeigt, dass die Allgemeinheit durch das Rauchen stark belastet wird: Alleine das Rauchen (ohne den Konsum von anderen Tabakprodukten und Passivrauch) führt jährlich in der Schweiz zu volkswirtschaftlichen Kosten von 3.9 bis 6.2 Milliarden Franken. Davon betragen die Kosten für das Gesundheitswesen über 3 Milliarden Franken.

2. Politik

Das Tabakproduktegesetz als Alibiübung

Das im Herbst 2021 verabschiedete neue Tabakproduktegesetz war eine Alibiübung. Genau jene Werbearten, die besonders viele Jugendliche erreichen, wurden vom Gesetz weiterhin erlaubt: In Gratiszeitungen, an Kiosken, im Internet (wohin sich mehr und mehr Werbung verlagert) und damit in allen sozialen Medien sowie an Festivals. Auch die Anhebung des Abgabalters auf 18 Jahre würde nach einer [Studie der Universität Basel](#) ohne Verminderung der Nachfrage nicht viel nützen.

Dies mag nicht erstaunen, denn die Schweiz beherbergt die europäischen resp. globalen Hauptsitze der drei grössten Tabakkonzerne. Und diesen wird jeweils der rote Teppich ausgerollt, wenn es um die Mitwirkung auf allen Ebenen der Tabakgesetzgebung geht: Nach einer [neuen Studie](#) des Global Tobacco Industry Interference Index (GTIII) hat die Tabakindustrie weltweit nur in der Dominikanischen Republik noch mehr Einfluss als in der Schweiz.



Initiative «Kinder ohne Tabak»
56.6% des Stimmvolks sagte JA

Doch es kam nun anders: Am 13. Februar nahm die Mehrheit von Volk und Ständen die von den Gesundheitsorganisationen lancierte Initiative «Kinder ohne Tabak» an. Mit einer 10-Millionen-Kampagne hat es die Tabak- und Werbeindustrie nicht geschafft, die Bevölkerung von einer strikteren Beschränkung der Tabakwerbung gegenüber Jugendlichen abzuhalten. Alle Werbung für Tabak- und Nikotinprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht, wird in Zukunft verboten sein. Die Bevölkerung hat damit gezeigt, dass sie den Schutz der Jugendlichen höher gewichtet als die Wirtschaftsfreiheit.

Die Preise für Nikotinprodukte sind zu tief – Preiserhöhungen können Jugendliche vom Einstieg abhalten

Eine nächste Gelegenheit, die Tabakpolitik zu verbessern besteht mit der Teilrevision des Tabaksteuergesetzes. Dabei sollen E-Zigaretten neu auch besteuert werden. Der Vorschlag des Bundesrates sieht eine Abstufung nach Nikotingehalt vor. Die Teilrevision gibt Gelegenheit, die bei Jugendlichen beliebten E-Zigaretten zu verteuern, damit sie weniger als Einstiegsprodukte dienen. Auf Grund ihrer Preissensibilität hätte eine Verteuern Einfluss auf den Konsum der Jugendlichen. Doch gleichzeitig müssten auch Preiserhöhungen für Zigaretten angestrebt werden, damit trotzdem noch ein Anreiz zum Umstieg von Zigaretten auf alternative Produkte für Menschen besteht, die den Ausstieg noch nicht schaffen. Gemessen an der Kaufkraft sind Zigaretten in der Schweiz im Vergleich zum Ausland [recht günstig](#). Die [Vernehmlassung](#) läuft bis Ende März.

3. Unsere Forderungen

Die nachweislich effektivsten und günstigsten Massnahmen zur Senkung der Raucherquote sind schon länger bekannt: Diese sogenannten «**Best Buys**» der WHO umfassen in erster Linie Preiserhöhungen, neutrale Zigarettenpackungen und ein umfassendes Verbot von Werbung und Promotion.

→ Der Kampf um den Jugendschutz muss weitergehen

Nach dem Erfolg an der Urne werden die Trägerorganisationen den Gesetzgebungsprozess eng verfolgen und sicherstellen müssen, dass der Verfassungsauftrag nicht verwässert wird. Dies heisst, dass jegliche Tabakwerbung, die Jugendliche erreicht, verboten werden muss. Das Initiativkomitee hat bereits vor der Abstimmung einen Umsetzungsvorschlag veröffentlicht. Es braucht insbesondere eine effektive Umsetzung des Werbeverbots im Internet (wo die Tabakwerbung boomt), die dank dem technischen Fortschritt auch möglich ist. Zudem muss auch beim Verkauf im Internet endlich der Jugendschutz sichergestellt werden.

Das Verbot der Werbung, die Kinder und Jugendliche erreicht ist erst ein Etappensieg. Denn auch mit diesen Verbesserungen befindet sich die Schweiz nach der Tobacco Control Scale noch immer auf hinteren Rängen. Die Teilrevision des Tabaksteuergesetzes gibt Gelegenheit, die bei Jugendlichen beliebten E-Zigaretten zu verteuern, damit sie weniger als Einstiegsprodukte dienen. Doch gleichzeitig müssten auch Preiserhöhungen für Zigaretten angestrebt werden.

Und schliesslich zeigen die Beispiele von Australien, Grossbritannien und vielen weiteren Ländern, dass neutrale Packungen einen grossen Einfluss auf die Attraktivität von Zigaretten bei Jugendlichen haben. Es ist Zeit, dass die Schweiz diesen Hebel auch nutzt, der bereits von 21 Ländern genutzt wird.

→ Die Tabakindustrie darf die Gesetzgebung nicht weiter beeinflussen

Es muss das Bewusstsein geschaffen werden, dass die Tabaklobby die Gesetzgebung nicht weiter beeinflussen darf. Das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs besagt, dass die Tabak-Gesetzgebung vor Einflussnahme der Tabakindustrie geschützt werden muss. In der Schweiz ist das Gegenteil der Fall, wie der GTIII zeigt. Hinter den Kulissen wehrt sich die Tabaklobby mit Händen und Füssen gegen Einschränkungen der Attraktivität von Zigaretten. Und in der Öffentlichkeit bringt sie sich in grossen Medienkampagnen mit alternativen Produkten als Gesundheitsförderer ein.

→ Es braucht epidemiologische Daten in kürzerem Abstand

Damit sinnvolle Massnahmen ergriffen werden können braucht es aktuelle Daten zur Epidemiologie und zur Motivation von Rauchenden, sowie zu den Verkäufen von Nikotinprodukten. Ohne aktuelle Daten ist in einem sich schnell verändernden Markt weder eine sinnvolle Tabakpolitik noch eine gezielte Prävention möglich.

ILLEGALE DROGEN



Wachsam bleiben bei Kokain und lernen, Cannabis zu regulieren

Es liegen Hinweise vor, dass mehr Menschen Kokain konsumieren und auch Probleme damit haben. Dies gilt nicht nur für die Schweiz. Es ist die Folge einer Angebots- und Nachfragedynamik, die seit zwei Jahrzehnten im Gange ist. Heute ist es an der Zeit, (wieder) über Kokain zu reden und auch Massnahmen zu finden, die den Konsumierenden helfen, Halt und bei Bedarf Hilfe zu finden.

Noch immer konzentriert sich das politische Geschehen ausschliesslich auf Cannabis. Dabei rückt vermehrt die Frage in den Fokus, wie die Regulierung dieser Substanz aussehen könnte, wenn sie einmal legalisiert ist. Dazu liegen ansatzweise bereits Antworten vor.

Redaktion: Frank Zobel, Florian Labhart

1. Aktuelle Situation

Cannabis: vor allem eine Teenager- und Jugenddroge

Cannabis ist die meistkonsumierte illegale Substanz. Es liegen aber kaum jüngere Daten zur Entwicklung des Konsums von Cannabis und der anderen illegalen Drogen vor. Die wichtigsten repräsentativen Umfragen liegen bereits 4 oder 5 Jahre zurück und spiegeln die aktuelle Lage wohl nicht mehr angemessen wider.

Die Schülerbefragung HBSC aus dem Jahr 2018 zeigte, dass etwas mehr als jedes zehnte Schulkind im Alter von 15 Jahren im letzten Monat Cannabis konsumiert hat. In der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2017 lag diese Prävalenz bei 4% der 15- bis 64-Jährigen mit den höchsten Werten in der Altersklasse der 20- bis 24-Jährigen (10.1%), während sie für alle nachfolgenden Altersklassen sank und bei den 55- bis 64-Jährigen noch 0.9% betrug. Gewisse Studien legen aber nahe, dass die «Konsum-Karrieren» immer länger dauern. In Ländern, die Cannabis legalisiert haben, lässt sich ein Anstieg der Prävalenz bei den über 50-Jährigen feststellen.

Eine Studie der Universität Zürich aus dem Jahr 2021, bei der 1837 Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren in der Schweiz befragt wurden, hat ergeben, dass rund 9% im letzten Monat Cannabis konsumiert haben, daneben rund 1% täglich und 70% gar nicht.

Eine andere Studie, die 2018 mit 1200 jungen Erwachsenen (20-jährig) in Zürich durchgeführt wurde, hat für den Konsum illegaler Drogen (Cannabis, Kokain, Ecstasy, Heroin) deutlich höhere Prävalenzen ergeben als frühere Studien. Damit bestätigt sie die Annahme, dass der Konsum dieser Substanzen möglicherweise unterschätzt wird, wie dies auch aus der Waadtländer Studienreihe zum Betäubungsmittelmarkt hervorgeht. Doch widerspiegelt die Zürcher Studie eine städtische Population, in welcher der Konsum illegaler Substanzen weiter verbreitet ist als anderswo.

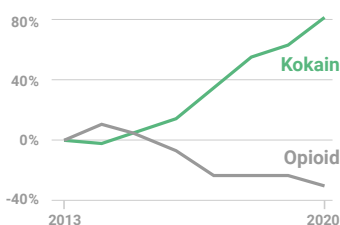
Im Rahmen einer Abwasserstudie, die jedes Jahr in über 80 europäischen Agglomerationen durchgeführt wird, liegen beim Kokainverbrauch pro Kopf auch 2020 alle vier beteiligten Schweizer Städte in den «Top 10»: Zürich (2. Rang), Sankt Gallen (4.), Bern (6.) und Genf (9.). Bei den anderen Stimulanzien lag Zürich wieder auf dem 10. Rang für Methamphetamin.

Die Zunahme des Kokainkonsums in der Schweiz, die bereits in der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2017 nachgewiesen wurde, schlägt sich jetzt auch in den Suchthilfestatistiken act-info nieder. Diese weisen seit einigen Jahren eine steigende Nachfrage nach Therapieangeboten für Kokain aus. Dies entspricht dem Konsumanstieg vor ein paar Jahren und wird voraussichtlich noch länger anhalten.

Die Daten der Nationalen Statistik der Substitutionsbehandlungen mit Opioid-Agonisten, insbesondere für Heroin, weisen seit einigen Jahren sinkende Therapiezahlen aus. Daneben setzt sich die Alterung der Klientel weiter fort, und deutlich weniger junge Menschen beginnen eine Therapie. Die Zahlen von 2020 ergeben auch, dass sich die pandemiebedingten Massnahmen nicht auf die Nachfrage nach Substitutionsbehandlungen ausgewirkt haben. Berichte über Lieferengpässe bei retardiertem Morphin im Jahr 2021 bieten Anlass zur Sorge, zumal es sich um eine Therapie handelt, die in den letzten Jahren vermehrt angewendet wird.



Kokainkonsum: Schweizer Städte in den europäischen Top 10 (2020)



Entwicklung der Behandlungseintritte in die spezialisierte Suchthilfe (2013-2020)

Heroin: Lieferengpässe bei Ersatzmedikamenten

Schlechtere soziale Lage
für suchtkranke Menschen

Eine Studie von Sucht Schweiz hat ergeben, dass die soziale Lage von Menschen mit Suchtproblemen im letzten Jahrzehnt schlechter geworden ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in Suchtbehandlung auf Stellensuche sind, ist bis zu 6 Mal grösser, dass sie eine unsichere Wohnsituation haben, bis zu 20 Mal grösser als in der übrigen Bevölkerung. Wer sich wegen dem Konsum illegaler Substanzen in einer Therapie befindet, weist die schlechteste soziale Lage auf, und dies verschärft sich tendenziell mit den Jahren noch.

Die jüngsten Daten aus dem Jahr 2019 weisen für die Schweiz 141 drogenbedingte Todesfälle aus. Diese Zahl ist kleiner als 2018 (165) und mit den Vorjahren vergleichbar. Rund 60% der Verstorbenen waren 45-jährig und älter.

Drogenmarkt: hoher Reinheitsgrad, neue Substanzen

Immer höher
dosierte Drogen

Die Daten aus dem Drug-Checking Zürich und von der Schweizerischen Gesellschaft für Rechtsmedizin (SGRM) zeigen, dass der Reinheitsgrad von Kokain in der Schweiz zwischen 2011 und 2016 stark zugenommen und sich bei durchschnittlich 80% eingependelt hat. Die Konsumierenden erhalten für das gleiche Geld also 50 bis 100% mehr psychoaktive Substanz als noch vor zehn Jahren. Diese Entwicklung lässt sich auch im übrigen Europa feststellen und ist Ausdruck des Konkurrenzkampfs zwischen Marktakteuren. Aber rund ein Drittel der in Zürich analysierten Proben enthalten noch Streckmittel, insbesondere Levamisol, ein Wurmmittel aus der Tiermedizin.

Auch andere Stimulanzien weisen eine immer grössere Reinheit/Dosierung auf. So hat das Zürcher Drug-Checking ergeben, dass der Reinheitsgrad der Amphetamin-Proben innert eines Jahrzehnts von 24 auf 60% zugenommen hat, der MDMA-Gehalt der Ecstasy-Pillen von durchschnittlich 100 auf 180 Milligramm. Diese Entwicklung sowie das teilweise Vorliegen gefährlicher Produkte wie synthetische Cannabinoide zeigen, wie wichtig die Aufklärung der Konsumierenden darüber ist, welche Eigenschaften die Substanzen haben, die sie auf dem Schwarzmarkt erhalten, und welche Risiken der Konsum birgt.

In den letzten Monaten war in der Westschweiz, besonders im Waadtland und in Neuenburg, viel von GHB die Rede, dies im Zusammenhang mit dem Verdacht der unfreiwilligen Abgabe, gefolgt von einer Vergewaltigung. Aus mehreren Gründen ist es nicht einfach, solche Fälle zu dokumentieren und direkt dieser Substanz zuzuschreiben. Daher ist es schwierig, das Ausmass dieses Phänomens abzuschätzen.

«K.o.-Tropfen»: Prävention
und Anzeige

Die heimliche Verabreichung von «K.o.-Tropfen» ist eine Gewalttat und GHB ist eine gefährliche Substanz. Wer den Verdacht hat, Opfer geworden zu sein, sollte sich möglichst schnell medizinisch untersuchen lassen und gegebenenfalls Anzeige erstatten. Es bestehen weitere mögliche Massnahmen, um die Risiken zu mindern, wie etwa Aufklärung, Getränke nicht unbeaufsichtigt stehen lassen und Opferbetreuung.

2. Politik

Cannabis-Legalisierung im Vordergrund

Auch 2021 hat sich die Drogenpolitik vornehmlich mit Cannabis beschäftigt. In den fünf grössten Schweizer Städten stehen Pilotversuche für die Cannabis-Abgabe in Vorbereitung und sollten dieses Jahr lanciert werden. Die zwei zuständigen Parlamentskommissionen sind zudem auf eine parlamentarische Initiative für die Cannabis-Legalisierung eingetreten. Im laufenden Jahr sollten die Arbeiten an einem Gesetzesentwurf zuhanden des Parlaments aufgenommen werden. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage legt nahe, dass die Schweizer Bevölkerung heute einer Legalisierung zustimmt, aber strengere Regeln fordert als für Alkohol und Tabak.

In den USA haben 2021 die vier Bundesstaaten Connecticut, New York, New Mexico und Virginia Cannabis legalisiert. Somit leben heute 40% der US-amerikanischen Bevölkerung in einem der 18 Bundesstaaten, die Cannabis für über 21-Jährige legalisiert haben. Diese Entwicklung hat jetzt auch Europa erreicht: Mit Luxemburg und Malta haben zwei Länder den Anbau und den Konsum zu Hause oder im Rahmen eines Konsumentenvereins (nur Malta) erlaubt. Auch die neue deutsche Regierung hat ihre Absicht kundgetan, Cannabis in den nächsten Jahren zu legalisieren.

In vielen Ländern stellt sich nun die drängende Frage, welches Regulierungsmodell für Cannabis zu wählen sei. Ein liberales Modell wie in vielen US-amerikanischen Bundesstaaten und auch einigen kanadischen Provinzen, das wir hierzulande für Alkohol und Tabak kennen? Logischerweise steht ein solches Modell in der Gunst von Akteuren der Hanfbranche, doch ist auch bekannt, dass es zahlreiche Probleme verursachen kann.

Einen Mittelweg bieten die Modelle von Uruguay und Quebec. Hier kann Cannabis legal gekauft werden, doch reguliert der Staat die Erhältlichkeit. Dieses Modell ist in Nordamerika und in Europa bereits am Alkohol geprüft worden. Dabei hat sich gezeigt, dass es für eine Reduktion der Probleme durch psychoaktive Substanzen, die eben keine gewöhnlichen Konsumgüter darstellen, meistens am wirkungsvollsten ist.

2021 hat Sucht Schweiz im Auftrag des BAG eine Review der wissenschaftlichen Literatur zu den Folgen einer Cannabis-Legalisierung in den USA, in Kanada und in Uruguay durchgeführt. Diese hat ergeben, dass nur wenig gewiss ist und die Auswirkungen vom gewählten Regulierungsmodell abhängig sind. Dabei kamen auch kritische Punkte zu Tage, namentlich die Kontrolle der Vielzahl und Qualität von Cannabisprodukten, der Preis, die Zahl der Verkaufsstellen, aber auch die Aufklärung für risikoarmen Konsum, inklusive Unfallprävention im Strassenverkehr und am Arbeitsplatz.

3. Unsere Forderungen

→ Kokain: Breitere Massnahmen

Wie die Studie zum Waadtländer Betäubungsmittelmarkt, [MARSTUP](#), gezeigt hat, stellt Kokain heute den zweitgrössten Drogenmarkt der Schweiz dar. Die soziale Bandbreite ist äusserst gross und reicht von randständigen bis hin zu komplett integrierten Konsumentinnen und Konsumenten. Aktuell weisen alle Indikatoren auf einen Anstieg des Konsums sowie der Probleme hin. Es gibt unterschiedliche Massnahmen, um die Konsumierenden zu erreichen und ihnen gegebenenfalls zu helfen. Selbstverständlich geschieht dies in Zentren für Beratung, Behandlung oder Schadensminderung. Hinzu kommen auch Angebote auf der Strasse, etwa beim [Drug Checking](#) (chemische Drogenanalyse), das mit einem Peer- oder Fachgespräch gekoppelt wird. Eine kürzlich erschienene [Studie](#) legt nahe, dass diese Massnahme wirkungsvoll sein kann. Es gibt aber auch andere Wege, die hierzulande immer noch nicht geprüft wurden. Der bekannteste wird in [Portugal](#) seit zwei Jahrzehnten praktiziert und besteht darin, Menschen, die wegen Drogenkonsum oder -besitz verzeigt werden, nicht strafrechtlich zu verfolgen, sondern fachliche Hilfe zu ermöglichen.

→ Cannabis: Eine Regulierung im Hinblick auf das Gemeinwohl

Die Regulierung von Cannabis wird heiss diskutiert. Die Entwicklung in Amerika und Europa sowie die Stimmen hierzulande aus dem Parlament und der Bevölkerung legen nahe, dass sich der rechtliche Status von Cannabis in naher Zukunft ändern wird. Wird die liberale Schweiz dabei den gesundheitspolitisch sinnvollen Schritt wagen und ein Regulierungsmodell für Cannabis entwickeln, welches das Gemeinwohl höher wertet als wirtschaftliche Interessen? Dieses ehrgeizige Ziel sollten wir anstreben. Mit den Pilotversuchen hat sich unser Land ja Versuchslabors gegeben, in denen verschiedene Regulierungsmodelle getestet werden können. Zwar hat das Parlament den Handlungsspielraum für diese Versuche stark eingeschränkt, doch ist es wichtig, dass hier mehrere Modelle in einem realen Setting geprüft werden, gerade auch Modelle, die eine Alternative zum liberalen Markt darstellen oder diesen streng beschränken, ohne aber dem Schwarzmarkt in die Hände zu spielen.

PSYCHOAKTIVE MEDIKAMENTE*



Benzodiazepine mit der Corona-Pandemie wieder vermehrt im Fokus

Die Pandemie hat zu Belastungen geführt, die von einigen auch jüngeren Menschen mit (mehr) Benzodiazepinen angegangen werden. Dies könnte eine heikle Tendenz sein. Umso mehr wäre jetzt ein besseres und zeitnahes Monitoring nötig.

Die Steigerung des Konsums von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln scheint gebremst. Verbreitete Suchtprobleme sind zwar nicht bekannt, aber es fehlen auch hier die Daten. Die Entwicklung muss engmaschiger als bisher verfolgt werden.

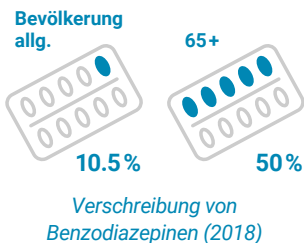
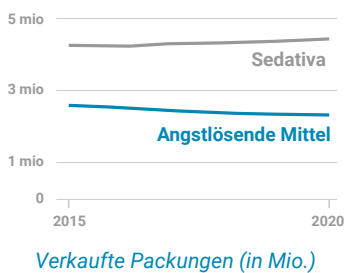
Der Medikamenten-Mischkonsum ist wegen Todesfällen unter jungen Menschen ins Rampenlicht gerückt. Unter den Buben hat der Medikamentenkonsum in den letzten 15 Jahren zugenommen, und bei den jungen Erwachsenen ist er höher als häufig angenommen.

Redaktion: Markus Meury

* Zu den psychoaktiven Medikamenten mit Abhängigkeitspotenzial gehören opioidhaltige Schmerz- oder Hustenmittel, Schlaf- und Beruhigungsmittel oder Stimulanzien.

1. Aktuelle Situation

Die Belastungen der Pandemie führten teilweise zu vermehrter Einnahme



Schlaf- und Beruhigungsmittel

Die psychischen Belastungen haben während der Covid-Pandemie zugenommen. Dies scheint sich auch auf den Konsum von potentiell abhängig machenden Schlaf- und Beruhigungsmitteln auszuwirken. Das Social Monitoring während der Pandemie weist nach, dass seit Mai 2020 rund 4% der Befragten mindestens mehrmals pro Woche solche Medikamente konsumiert haben. Diese Zahl ist leicht höher als in anderen, früheren Befragungen. Zugenommen hat der Konsum vor allem bei Menschen, die stärkere psychische Belastungen erlebt haben. Laut der weiterlaufenden Datenreihe ist der Konsum kaum wieder zurückgegangen. Auch der Arzneimittelreport der Helsana schreibt: «Durch die hohe psychische Belastung und Verunsicherung wurden während des Lockdowns vermehrt Psychoanaleptika und Schlafmittel bezogen.»

Die Zahlen des Verbands Interpharma verweisen seit 2008 auf stabile Verkäufe von Schlaf- und Beruhigungsmitteln mit Abhängigkeitspotential. Eine Studie mit den Helsana-Daten zeigt einen Rückgang zwischen 2013 und 2018, und zwar um 9% der Bezüge resp. 17% bei den Behandlungstagen. Gleichzeitig ist der Anteil der Bevölkerung, der wegen einer Schlafmittel (Sedativa/Hypnotika)-Störung ins Spital eingewiesen wurde, zwischen 2012 und 2019 stetig gestiegen. Nach einer neuen Studie zur Verschreibungspraxis haben im Jahr 2018 hochgerechnet 10.5% der Bevölkerung potentiell suchtgenerierende Benzodiazepine oder Z-Medikamente erhalten, bei den über 65-Jährigen gar mehr als die Hälfte. In über zwei Drittel aller Fälle werden diese Medikamente von HausärztInnen verschrieben. Bei BewohnerInnen von Pflegeheimen ist die Verschreibung höher als bei zu Hause Wohnenden.

In der Umfrage Lifestyle und Gesundheit vom Jahr 2018 gaben 2.1% der Befragten einen chronischen Konsum von Schlaf- und Beruhigungsmitteln an (fast täglich in den letzten 3 Monaten). Eine fast tägliche Einnahme von solchen Medikamenten über mehrere Monate gilt als problematisch.

Opioidanalgetika

Die Zahlen von Swissmedic zu den opioidhaltigen Schmerzmitteln zeigen eine Steigerung der Lieferungen gewisser Produkte an die Ärzteschaft, Apotheken und Spitäler zwischen 2010 bis 2020. Parallel dazu scheinen die Umsatzzahlen bei den Opioidanalgetika laut Branchenverband Interpharma seit 2016 nicht mehr zuzunehmen.

Aktuelle Zahlen zur Einnahme oder gar zu Abhängigkeit existieren nicht. Die Schweizerische Gesundheitsbefragung von 2017 zeigt, dass der Schmerzmittelkonsum zwischen 2002 und 2012 stark angestiegen ist, danach bis 2017 aber praktisch gleich blieb.

Hohe Verschreibungsrate von potenziell abhängig machenden Schmerzmitteln

Auswertungen der Kundendaten von Helsana ergaben eine Verdoppelung der Verschreibung von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln im ambulanten Bereich zwischen 2006 und 2013 und eine weitere Steigerung um 42% zwischen 2013 und 2018. Der Anteil der chronischen (> 90 Tage) Verwendung ist höher bei starken als bei schwächeren Mitteln. Wieweit dies aus suchtpreventiver Sicht problematisch ist, ist noch immer unklar. Es braucht nun eine engere epidemiologische Überwachung des Konsums und mehr Forschung zur Frage der Abhängigkeit. Denn laut einer amerikanischen Studie sind 8 bis 12% der Einnehmenden während der Schmerzmittelepidemie in der Neunziger- und Nullerjahren von diesen Medikamenten abhängig geworden.

Eine unkontrollierte Verbreitung von opioidhaltigen Medikamenten ist in der Schweiz im Moment nicht auszumachen, da die Verschreibungen kontrollierter sind als in den USA. Aber die Problematik muss weiter von Nahem verfolgt werden, denn eine Verschärfung ist nicht ausgeschlossen.

Medikamenten-Mischkonsum von Jugendlichen

Innert drei Jahren sind in der Schweiz mehrere Dutzend Todesfälle von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen bekannt geworden, die auf Mischkonsum von Medikamenten mit anderen Substanzen zurückzuführen waren. In der Behandlungsstatistik act-info ist seit 2018 eine Zunahme der Behandlungsnachfrage unter jungen Menschen feststellbar.

~4.3%

der 15-jährigen haben mindestens einmal Medikamente genommen, um psychoaktive Effekte zu erleben

Laut der Studie Health Behaviour in School-aged Children (HBSC) haben im Jahr 2018 4.5% der 15-jährigen Buben und 4.1% der gleichaltrigen Mädchen mindestens einmal im Leben Medikamente genommen, um psychoaktive Effekte zu erleben, was bei den Buben eine klare Steigerung im Vergleich zum Jahr 2006 bedeutet. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich auch um Beruhigungsmittel (wie Xanax), opioidhaltige Schmerzmittel oder Hustensirupe mit Codein oder Dextromethorphan handelt.

Eine neue Studie unter 20-Jährigen aus der Stadt Zürich ergab, dass im Jahr vor der Befragung aus nichtmedizinischen Gründen 12.7% der Teilnehmenden Codein etwa in Form von Hustensirup eingenommen hatten, bei Benzodiazepinen wie Xanax waren es 5%.

Codeinhaltige Hustensirupe beispielsweise werden zur Herstellung des sogenannten «Purple Drink» (Mix aus Limonade und entsprechendem Hustensirup sowie manchmal Alkohol) gebraucht, der in der internationalen Hiphop-Szene besungen wird. Wegen des verbreiteten Missbrauchs hat die Zulassungsbehörde Swissmedic diese Präparate auf Anfang 2019 in die Abgabekategorie B heraufgestuft (also ohne Rezept, aber neu erst nach einem Beratungsgespräch des Apothekers/der Apothekerin und einer Dokumentation der Abgabe). Dagegen sind immer noch Beschwerden von Produzenten hängig, und solange bleiben die Präparate in der Kategorie D (Abgabe in Apotheken und Drogerien, ohne Dokumentationspflicht). Der Verkauf solcher Präparate ist laut Zahlen von Interpharma seit 2018 trotzdem zurückgegangen. Es kann sein, dass das Vorgehen von Swissmedic sowie Weisungen von einzelnen KantonsapothekerInnen trotzdem ihre Wirkung entfalten.

2. Politik

Wenig Problembewusstsein in der Politik

Auf politischer Ebene sind aktuell trotz den teilweise hohen Raten an problematischem Benzodiazepin-Konsum und steigendem Konsum von opioidhaltigen Schmerzmitteln praktisch keine Aktivitäten festzustellen. Nach Erstellung der Auslegeordnung zum problematischen Gebrauch von psychoaktiven Medikamenten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) hat der Bundesrat gar wissen lassen, dass er in diesem Bereich kaum Probleme sieht.

Im Bereich des Medikamenten-Mischkonsums unter Jugendlichen sind im Jahr 2021 zwei Anfragen eingereicht worden. Auf die Anfrage Grin, was der Bundesrat unternehme, zählte dieser die Änderung der Einstufung der Hustensirupe, die Ausarbeitung von Informationsmaterial durch Infodrog und die Forschungsarbeit des ISGF auf. Die Anfrage Brenzikofer, ob der Bundesrat das Ausmass der Probleme kennt und ob er zu einer Verkürzung des Datenerhebungsrhythmus bereit ist wurde dahingehend beantwortet, dass der Bundesrat den Vier- respektive Fünfjahresrhythmus (HBSC resp. Omnibus-Befragung) für die Beobachtung des Medikamentenmissbrauchs als genügend erachtet.

Die Prävention wird weitgehend einzelnen Fachstellen oder NGOs sowie den Kantonen überlassen. So hat z.B. Sucht Schweiz und Infodrog im Bereich Medikamentenmissbrauch von Jugendlichen neue Broschüren herausgegeben. Punktuell haben Kantone Präventionsprogramme entwickelt (z. B. in Spitälern oder Schulen), oder es springen private Organisationen in die Bresche, wie z. B. die Arud mit der Kampagne zu Medikamentensucht.

3. Unsere Forderungen

Die Lagebeurteilung des Bundesrates ignoriert die Zunahme bei den starken opioidhaltigen Schmerzmitteln und die Aktualität beim Medikamenten-Mischkonsum von Jugendlichen, was in naher Zukunft noch grössere Probleme verursachen kann. Das jetzt nötige engmaschige Monitoringsystem fehlt gänzlich.

→ Benzodiazepine: Auswirkung der Pandemie dämpfen

Eine physische Abhängigkeit kann sich entwickeln, wenn benzodiazepinartige Schlaf- oder Beruhigungsmittel täglich über vier bis acht Wochen eingenommen werden. Die mögliche Zunahme eines Benzodiazepinkonsums bei jüngeren Menschen auf Grund der Pandemie ist deshalb heikel. Für ältere Menschen bergen diese Arzneimittel weitere Risiken: Verwirrtheit, Stürze oder Pseudodemenz zählen zu den Folgen.

Auf Grund der bereits hohen Verschreibungsquote sind Alternativen nötiger denn je. Aufklärungsarbeit, präventive Massnahmen und alternative Lösungen sollten auch strukturell gefördert werden: In der Aus- und Fortbildung müsste der problematische Gebrauch von Arzneimitteln verstärkt behandelt und bestehende Leitlinien für die Praxis besser bekannt gemacht werden.

→ Opioidanalgetika: Klarheit zu Suchtproblemen schaffen

Die Kontrollen bei der Verschreibung von opioidbasierten Schmerzmitteln scheinen sich in der Schweiz noch zu bewähren. Allerdings braucht es jetzt zeitnahe epidemiologische Untersuchungen zur Abhängigkeit von opioidhaltigen Schmerzmitteln, um rechtzeitige Interventionen zu ermöglichen.

Um ein «Ärzt hopping» in verschiedene Kantone oder Notfallstellen zu vermeiden, bräuchte es eine verbesserte Koordination zwischen den Kantonen und entsprechende Kontrollsysteme wie ein nationales Verschreibungs- und Abgaberegister, wie ein Bericht des BAG anregt.

Im Rahmen der ambulanten Nachsorge nach Spitalaustritten müsste die Schmerzmittel-Dosierung engmaschig überwacht und die Opioidverschreibung schneller durch Alternativtherapien ersetzt werden.

→ Medikamenten-Mischkonsum: Hinsehen und handeln

Die leichte Erhältlichkeit vieler involvierter Medikamente ist ein Problem. Swissmedic hat zwar auf den 1. Januar 2019 verordnet, dass codein- und dextromethorphanhaltige Hustensirupe neu erst nach einem Beratungsgespräch mit dem Apotheker/der Apothekerin verkauft werden dürfen und dass die Abgabe dokumentiert werden muss. Die Beschwerden von Herstellern sind noch immer am Bundesgericht hängig. Angesichts des weit verbreiteten Missbrauchs müsste diskutiert werden, diese Medikamente gar unter Rezeptpflicht zu stellen. Gleichzeitig bräuchte es auch eine verstärkte Schulung von MultiplikatorInnen (Lehrpersonen, Jugendarbeitende) zum Thema Medikamentenmissbrauch.

Nationales Verschreibungs-
und Abgaberegister

Impressum

Url www.suchtschweiz.ch/panorama

Herausgeberin Sucht Schweiz

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen. Das Dienstleistungsangebot von Sucht Schweiz ist nur möglich dank regelmässigen Geldspenden.

www.suchtschweiz.ch

Um sich einen Überblick über neuste Konsumtrends zu verschaffen oder ein Thema zu vertiefen:
zahlen-fakten.suchtschweiz.ch

Copyright © 2022 Sucht Schweiz, Lausanne

Alle Inhalte können mit Quellenangabe von Sucht Schweiz weiterverwendet werden.
